

Herr Vach verliest eine Begründung für den Antrag der UWG-Ratsfraktion. Diese ist der Niederschrift als Anlage nachgeheftet.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass viele Ratsmitglieder eine zahlenmäßig intensivere Begründung des Antrags für sinnvoll erachten.

Die UWG-Fraktion erklärt sich im weiteren Verlauf der Aussprache damit einverstanden, begrifflich den Antrag in eine Resolution umzuwandeln.

Außerdem soll die zu beschließende Resolution anstelle des Deutschen Städtetages dem Nordrheinwestfälischen Städte- und Gemeindebund zugeleitet werden.

BM Töpfer lässt hierüber abstimmen:

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis <b>19 Ja-, 4 Neinstimmen, 5 Enthaltungen</b>
Der Rat der Gemeinde beschließt folgende Resolution:  Der Rat der Gemeinde Marienheide fordert den Nordrheinwestfälischen Städte- und Gemeindebund auf, schnellstmöglich eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Bund, Land und Gemeinden zu erwirken. Gleichzeitig appelliert der Rat der Gemeinde Marienheide an die Landesregierung NRW, ebenfalls für eine gerechtere finanzielle Lastenverteilung zu sorgen.	